



Antrag

der Fraktion der FDP

Zurück zu Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, zu einer ehrlichen, verlässlichen Haushaltsplanung zurückzukehren.

Hierzu soll die Landesregierung:

- die systematische Über- und Unterplanung im Haushalt beenden,
- Haushaltsansätze realistisch, nachvollziehbar und faktenbasiert kalkulieren,
- Vorsorgen und Haushaltspuffer nur in begründeten Ausnahmen vorsehen und
- Rücklagenbildungen in kreditfinanzierten Haushalten künftig nur nach vorheriger Beschlussfassung durch den Finanzausschuss vornehmen.

Begründung:

Seit Jahren legt die Landesregierung Haushaltspläne vor, die mit der Realität immer weniger zu tun haben. Statt belastbarer Prognosen und nachvollziehbarer Kalkulationen werden Ansätze schlicht fortgeschrieben, Einnahmen systematisch klein gerechnet und Ausgaben großzügig aufgebläht. Verwaltungseinnahmen werden regelmäßig zu niedrig angesetzt, Personal- und Sachausgaben regelmäßig zu

hoch. Hinzu kommen immer neue Vorsorgen und Puffer – auf Kosten von Transparenz und parlamentarischer Kontrolle.

Das Ergebnis ist ein strukturell verzerrter Haushalt: Die tatsächlichen Haushaltsabschlüsse weisen regelmäßig deutlich bessere Ergebnisse aus, als in den Planungen vorgesehen.

Im Jahr 2023 fiel das Ergebnis trotz hoher Steuerausfälle rund 500 Millionen Euro besser aus als geplant. 2024 lag das Ergebnis sogar fast eine Milliarde Euro über den Annahmen des Haushalts. Für 2025 zeichnet sich erneut eine Abweichung von rund 800 Millionen Euro ab.

Diese Zahlen sind kein Zufall, sondern Ausdruck systematischer Fehlplanung.

Darüber hinaus belegen die anhaltenden Rücklagenbildungen, dass die vom Landtag genehmigten Kreditermächtigungen regelmäßig deutlich zu hoch angesetzt werden.

Diese Haushaltspraxis verschiebt die tatsächliche Entscheidungsmacht im Haushaltsvollzug massiv vom Landtag zur Landesregierung. Das untergräbt das Budgetrecht des Parlaments und ist politisch wie verfassungsrechtlich nicht hinnehmbar.

Annabell Krämer

und Fraktion